



Denkanstoß

Yasmin Fahimi
Michael Guggemos
Andrea Nahles
Steffi Lemke

Deutschland braucht einen politischen Kurswechsel:

**Mehr in eine bessere Gesellschaft investieren
oder
weiter von der Substanz leben?**

September 2013

1. Wir leben unter unseren Verhältnissen

Eine Richtungswahl steht am 22. September bevor. Die Lage in unserem Land sollte nicht schlecht geredet werden. Doch sie sollte auch nicht besser dargestellt werden, als sie tatsächlich ist. Wichtige akute Fragen wie die soziale Spaltung unserer Gesellschaft, die Zunahme schlechter Arbeitsplätze, die wirtschaftliche Perspektive Europas oder die Fortsetzung der Energiewende sind ungelöst. Die aktuelle Politik ist zudem zukunftsblind. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht auf die erheblichen Handlungs- und Investitionsbedarfe in den Bereichen Energiewende, Bildung, Wissen, Demografie und Pflege, Wohnungsbau, Kommunikations- oder Verkehrsinfrastruktur hingewiesen wird.

Die Substanz schwindet

Noch sind wir ein wirtschaftlich starkes Land, aber die Fakten zeigen, dass wir zunehmend von der Substanz leben:

- **Zu wenig Investitionen...:** Wurden im Jahr 1999 noch 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes investiert, so sind es gegenwärtig nur noch 17 Prozent. Im Schnitt der OECD-Staaten sind es 22 Prozent.
- **... vor allem in Wissen:** Die „immateriellen Investitionen“ in das Wissenskapital der Unternehmen liegen nur bei sechs Prozent des BIP, in den USA sind es gut neun Prozent.
- **... und der öffentlichen Hand:** Die öffentlichen Investitionen entsprechen nur 1,5 Prozent des BIP. Im EU-Durchschnitt investieren die Staaten mit 2,5 Prozent deutlich mehr.

Die Gerechtigkeitslücke spaltet unser Land und schadet unserer Zukunft.

Wir erleben seit Jahren eine „neue Umverteilung“ (Hans-Ulrich Wehler); die Schere von Einkommen und Vermögen klafft weit auseinander:

- **Ganz unten - wachsende Armut:** Das Armutsrisiko ist seit Beginn des letzten Jahrzehnts gestiegen. 16 Prozent der Bundesbürger/innen gelten als einkommensarm. Unter Alleinerziehenden beträgt der Anteil 37 Prozent.
- **Die Mitte schrumpft:** Seit Mitte der 90er Jahre ist die „Einkommensmittelschicht“ (der Bevölkerungsanteil, der zwischen 70 und 150 Prozent des mittleren Einkommens bezieht) von 65 Prozent auf 58 Prozent geschrumpft.
- **Oben - Ein Zehntel hat zwei Drittel:** Die obersten 10 Prozent verfügten 1970 über 44 Prozent des Nettogeldvermögens, im Jahr 2010 waren es schon 66 Prozent. Gleichzeitig verfügen die unteren 50 Prozent über fast kein Vermögen.
- **Ein wesentlicher Grund für die Vergrößerung der Ungleichheit ist die Entwicklung der Löhne:** Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen (die strukturbereinigte Lohnquote) lag 2011 bei nur 64,3 Prozent. Im Zeitraum 1991 bis 2003 lag der Anteil bei über 70 Prozent. Mit anderen Worten: die Lohneinkommen sind stark geschrumpft.

Der längst widerlegte Mythos: Gewinne von heute sind nicht mehr die Investitionen von morgen

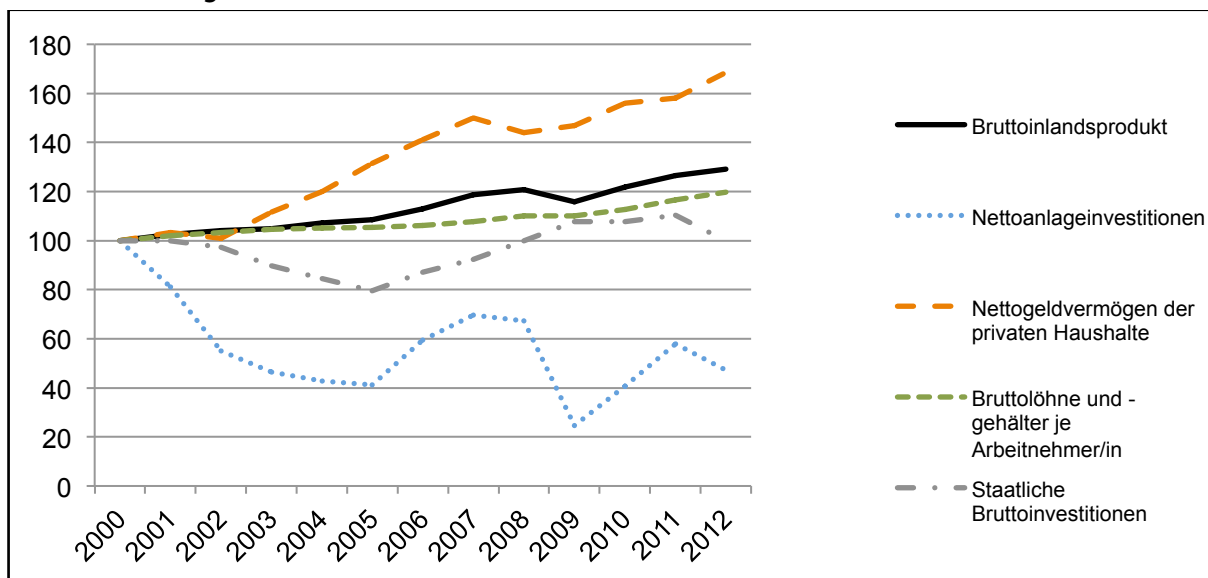
Zwischen diesen beiden Entwicklungen gibt es einen Zusammenhang. Der wirtschaftsliberale Mythos besagt folgendes: Je höher die Gewinne und Vermögen, desto mehr wird investiert. Leider ist das Gegenteil der Fall – zumindest was echte Zukunftsinvestitionen im eigenen Land betrifft. Denn große Teile des „Reichtums“

landen auf den internationalen Finanzmärkten und fließen nicht in Zukunftsinvestitionen. Der Mechanismus ist einfach: solange Risiko und Haftung auf den Finanzmärkten nicht in einer Hand liegen, ist der Spekulation mit staatlicher Bail-out-Garantie keine Grenze gesetzt. Das treibt die Renditen auf den Finanzmärkten und entzieht dem realen Sektor das nötige Kapital. Und auch der Verzicht auf eine angemessene Besteuerung von großen Vermögen oder die Privilegierung der Kapitaleinkommen durch eine Abgeltungssteuer von nur 25 Prozent hat nicht dazu geführt, dass mehr investiert wurde. Im Gegenteil:

- **Mehr Geldvermögen:** Der Anteil des Geldvermögens am privaten Nettovermögen betrug 1992 noch 24 Prozent, 2011 waren es 32 Prozent. Das Nettogeldvermögen ist seit der Krise (2008) sogar um 500 Mrd. Euro angewachsen.
- **Eine Million Dollar-Millionäre:** Seit 2012 gibt es in Deutschland erstmals mehr als eine Million Anlage-Millionäre (Personen, mit einem Finanzvermögen von mindestens einem Million Dollar). 2006 waren es noch knapp 800.000.¹
- **Aber auch verbranntes Geld:** Ein großer Teil der in Deutschland erarbeiteten Gewinne wird mit Hoffnung auf hohe Renditen auf den internationalen Finanzmärkten angelegt. Im Zeitraum 2006 - 2012 haben deutsche Anleger dabei 600 Mrd. Euro verloren

Wie das Schaubild zeigt, sind seit dem Jahr 2000 sowohl die Bruttolöhne und -gehälter als auch die öffentlichen Investitionen und vor allem die privaten Nettoanlageinvestitionen (Bruttoanlageinvestitionen abzüglich Abschreibungen des existierenden Kapitalstocks) hinter dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zurückgeblieben. Massiv gestiegen – deutlich stärker als das BIP – ist hingegen das Nettogeldvermögen (Bruttogeldvermögen abzüglich Schulden), das jedoch bei wenigen konzentriert ist und vermutlich zu großen Teilen auf den internationalen Finanzmärkten angelegt wird. Eine solche Blasen-Ökonomie ist das gefährliche Gegenteil einer nachhaltigen Wirtschaft, die sich auszeichnet durch ein wirtschaftliches Gleichgewicht, gute Arbeit, Investitionen in bessere Produkte und Dienstleistungen.

Das Geldvermögen wächst stärker als das BIP – Löhne und Investitionen bleiben zurück.



Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesbank, eigene Berechnungen

Wer einen sozial gerechten, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltigen Entwicklungspfad beschreiten will, muss die Politik ändern.

¹ Die so genannten „High Net Worth Individuals“, siehe den jährlichen World Wealth Report von Capgemini, <http://www.worldwealthreport.com>

Es stehen sich zwei gegensätzliche Zukunftsszenarien gegenüber.

Das **Szenario „Weiter so“** bedeutet:

- weiterer Stillstand in wichtigen Zukunftsfeldern wie der Energiewende,
- weitere Ignoranz gegenüber unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen,
- weiterhin eine Politik zugunsten der Besitzer großer Geldvermögen und Akzeptanz von Steuerhinterziehung und Steuertricks,
- weiteren Verfall der öffentlichen Infrastruktur und der Kommunen,
- „marktkonforme Demokratie“ (Angela Merkel) statt demokratischer Politik.

Im Ergebnis: ökonomischer Substanzverlust und mehr Unsicherheit.

Das **Szenario „Kurswechsel“** setzt auf:

- eine Steigerung der Investitionen in Infrastruktur und Bildung,
- „Gute Arbeit“ als Maßstab der Wirtschaftspolitik,
- eine Energiewende, die sowohl den Investoren der Energiewirtschaft als auch Bürgern als Energieerzeuger Planungssicherheit bietet und für Stromkunden bezahlbar bleibt,
- eine effektive Regulierung der Finanzmärkte, einen konzentrierten Kampf gegen Steuerbetrug sowie die gerechte Besteuerung sehr hoher Einkommen, Vermögen und Kapitaleinkommen,
- eine nachhaltige Wachstumsstrategie für Europa.

Im Ergebnis: Eine soziale und nachhaltige ökonomische Entwicklung

2. Investieren in eine nachhaltige Wirtschaft

Die Aufgabe einer vorausschauenden Politik ist es, ausgehend von gesellschaftlichen Bedarfen wie dem Umbau unseres Energiesystems oder der Bewältigung der demografischen Veränderungen langfristige Pfade einer nachhaltigen Entwicklung zu beschreiten. Regulierung und staatliche Pionierprojekte einerseits und marktwirtschaftliche Innovationen andererseits schließen sich nicht aus. Das Gegenteil ist der Fall, wie unter anderem die Geschichte des Internet oder der Energiewende zeigt. Vor allem aber muss eine künftige Wirtschaftspolitik in Deutschland und Europa dafür sorgen, dass die Finanzmärkte reguliert werden, gerechte Löhne gezahlt werden und mehr private und öffentliche Investitionen in wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunftsfelder fließen.

Was falsch läuft:

- **Das gegenwärtige Wirtschaftsmodell ist auf Sand gebaut und lebt von der Substanz:** Es ist auf Dauer weder ökonomisch noch ökologisch zukunftsfähig. Noch dazu ist mittlerweile offensichtlich, dass die bloße Steigerung des Bruttoinlandsproduktes kein Selbstzweck ist. Weiteres Wachstum wird nur zu verantworten sein, wenn es sozial und ökologisch nachhaltig ist.
- **Ein wirkliches Umdenken nach der Finanzkrise hat bis heute nicht stattgefunden:** Die Regulierung Finanzmärkte findet nur unzureichend statt und der gesellschaftlichen Mehrheit werden die Kosten der Finanzkrise aufgebürdet.
- **Falsche Krisenpolitik in Europa:** Ohne den Reformbedarf in einigen Krisenländern zu leugnen, hat die Krisenpolitik vor allem der deutschen Bundesregierung zu einseitig auf Spaßnahmen gesetzt. In der Folge ist die Wirtschaft eingebrochen und sind Arbeitslosigkeit und Armut deutlich angestiegen.
- **Die deutsche Wirtschaft krankt an erheblicher Unterinvestition:** Die öffentlichen und privaten Investitionen in Infrastruktur und Wissen hinken dem Bedarf (und anderen Ländern hinterher) unverantwortlich hinterher:²
 - Das DIW errechnet für die Energiewende einen Investitionsbedarf (in Netze, neue Energieanlagen etc.) von bis zu 38 Mrd. Euro im Zeitraum 2014 – 2020.
 - Für den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur und die Modernisierung des öffentlichen Verkehrs ermittelt das DIW Investitionsbedarfe von 10 Mrd. Euro pro Jahr. Allein 2.500 Brücken sind derzeit sanierungsbedürftig.
 - Vor allem in den Metropolen fehlt bezahlbarer Wohnraum, Studien schätzen den Bedarf bis 2017 auf über 800.000 Wohnungen.
 - 4.5 Millionen Bürger/innen fehlt ein Internet-Breitbandzugang.
 - Der bestehende Investitionsstau der Kommunen wird von der KfW auf 128 Mrd. Euro beziffert.
 - 20 Mrd. Euro jährlich ist die Größenordnung, um Deutschlands Bildungssystem und -infrastruktur auf den OECD-Durchschnitt zu bringen.

Was u.a. zu tun ist:

- **Ein Fünftel des BIP in die Zukunft investieren:** Die volkswirtschaftliche Investitionsquote muss wieder auf mindestens 20 Prozent des BIP angehoben werden. Ein Teil davon muss über (steuerfinanzierte)

² Siehe u.a. DIW-Wochenbericht 26/2013

öffentliche Investitionen geleistet werden. Aber die Politik muss ihren ganzen Instrumentenkasten einsetzen, um auch die privaten Investitionen wieder anzuheben.

- **Regulierung der Finanzmärkte:** Einige Werkzeuge dieses Instrumentenkasten zielen ab auf eine umfassende Regulierung der Finanzmärkte - aus vier Gründen. Wir wollen Krisengefahren reduzieren, wirtschaftliche Macht eindämmen, Kapital in sinnvolle Investitionen statt in Spekulation lenken und die Finanzjongleure an der Finanzierung der Kosten der Finanzkrise beteiligen.
- **Neues „Magische Ziel-Viereck“ für die Wirtschaftspolitik:** Wir brauchen einen anderen und besseren Maßstab für nachhaltigen Wohlstand und eine öffentliche Debatte darüber, welche Ziele wir wie gewichten. Die Wirtschaftspolitik sollte sich künftig an den vier Zielen der wirtschaftlichen, fiskalischen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit ausrichten. Für alle vier Ziele können konkrete Indikatoren definiert werden, um den Erfolg und den Fortschritt der Politik zu messen. Um diese Ziele verbindlich festzuschreiben, sollte das „alte Magische Viereck“ des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes aus dem Jahr 1967 grundlegend erneuert werden. Ein neues „Magisches Viereck“ sollte in einem „Wohlstands- und Nachhaltigkeitsgesetz“ festgeschrieben werden. Die Bundesregierung sollte dem Parlament und der Öffentlichkeit in einem jährlichen Bericht erklären, wie sie die Ziele gewichtet und wie sie etwaige Zielkonflikte auflösen will.³
- **Innovationen zur Gesellschaftsaufgabe machen:** Die großen gesellschaftlichen Herausforderungen wie die Energiewende oder der demografische Wandel sind nur im Zusammenwirken von BürgerInnen, Wirtschaft, Arbeitnehmer/innen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu bewältigen. Auch technologische Umbauprojekte wie die Energiewende oder die Umstellung auf Elektromobilität setzen Plattformen voraus, die eine langfristige Abstimmung der Akteure ermöglichen. Der Staat muss eine Pionierrolle für eine entsprechende Infrastruktur und Leitnachfrage spielen, um wichtige nachhaltige Wachstumsmärkte überhaupt erst zu ermöglichen.
- **Europäischer „Marshallplan“:** Erforderlich ist eine nachhaltige Wachstumsstrategie für Europa. Der DGB hat ein Konzept für einen auf zehn Jahre angelegten „Marshallplan für Europa“ vorgelegt, der Wachstumsimpulse in allen 27 EU-Ländern auslösen soll. Vorgeschlagen wird ein Mix aus institutionellen Maßnahmen, direkten öffentlichen Investitionen und, Investitionszulagen für Unternehmen und konjunkturstabilisierenden Konjunkturanreizen. Ein wesentliches Ziel des Programms ist die ökologische Modernisierung der Volkswirtschaften. Der Kerngedanke ist der Aufbau eines Zukunftsfonds, der sich speist aus Einnahmen einer Finanztransaktionssteuer, vor allem aber „New Deal-Anleihen“ und somit zusätzliche Investitionen von 260 Mrd. Euro im Jahr ermöglichen soll. Prognostiziert werden zusätzliche Wachstumsimpulse von jährlich 400 Mrd. Euro.

³ Vgl. dazu Sebastian Dullien / Till van Treeck (2012): Ein neues „Magisches Viereck“. Ziele einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik und Überlegungen für ein neues „Stabilitäts- und Wohlstandsgesetz“.

3. Investieren in Gute Arbeit

Die Lebensqualität der meisten Bürger/innen entscheidet sich ganz wesentlich daran, ob sie eine „Gute Arbeit“ haben. Sichere und gut bezahlte Arbeit muss schon aus diesem Grunde ein zentrales Politikziel sein. Als Gesellschaft in bessere Arbeitsbedingungen zu investieren heißt aber auch: dem Fachkräftemangel vorzubeugen, weiter den Weg in eine hochqualifizierte Wissensökonomie zu gehen, Frauen und Männern gleichermaßen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, die Arbeitsfähigkeit des Einzelnen bis ins Rentenalter aufrechtzuerhalten und Altersarmut zu vermeiden.

Was falsch läuft:

Der Wert der Arbeit sowohl für den Einzelnen als auch für die Volkswirtschaft und Gesellschaft wird nicht mehr hinreichend gewürdigt.

- **Fachkräftemangel:** Schon jetzt fehlen in einigen Regionen und Branchen Fachkräfte. Zugleich ist die Massen- und vor allem Langzeitarbeitslosigkeit nicht überwunden.
- **Niedriglöhne:** Deutschland hat einen der größten Niedriglohnsektoren in Europa. Im Jahr 2010 arbeiteten 23,1 Prozent der Beschäftigten für einen Niedriglohn von unter 9,15 Euro. Darunter 10 Prozent mit Hochschul- und 70 Prozent mit Berufsabschluss. Je länger wir das Problem der Niedriglöhne vor uns herschieben, desto mehr droht in Zukunft Altersarmut.
- **Ungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern:** Die Lohndifferenz (Gender Pay Gap) zwischen Frauen und Männern beträgt 22 Prozent. Der Arbeitsmarkt unterscheidet bei der Entlohnung immer noch zwischen „wertvoller“ männlicher Arbeit und weiblichen „Zuverdienerjobs“; dabei ernähren inzwischen viele Frauen die Familie (in Ostdeutschland ist dies jeder vierte Haushalt).
- **Unsichere Arbeit:** Leiharbeit wird nicht nur als „Flexibilitätspuffer“ für Betriebe oder als „Brücke in den Arbeitsmarkt“ für zuvor Arbeitslose eingesetzt, sondern massenhaft missbraucht. Reguläre Arbeitsplätze werden durch Leiharbeit ersetzt. Das Gleiche gilt inzwischen für den Missbrauch von Werkverträgen. Zudem haben (sachgrundlose) Befristungen zugenommen und über 7 Millionen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse bedeuten für die Betroffenen häufig schlechte Arbeitsbedingungen und unsichere Arbeit.
- **Flexibilität als Einbahnstraße:** Von vielen Erwerbstätigen wird Flexibilität verlangt. Doch für viele Erwerbstätige passt ihre Arbeitswirklichkeit nicht zur Lebenswirklichkeit. Es gibt zu wenig Flexibilität für Arbeitnehmer/innen, also v.a. Möglichkeiten, die Arbeit mit den Anforderungen des Familienlebens zu vereinbaren.

Was u.a. zu tun ist:

Die Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialpolitik muss „Gute Arbeit“ zum Maßstab machen. Gute Arbeit verbindet soziale Mindeststandards mit mehr individuellen Rechten und Optionen der Arbeitnehmer/innen und stärkt Arbeit als zentralen Innovationsmotor für eine nachhaltige Wirtschaft von morgen:

- **Gerechte Löhne:** Hierzu gehört der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro, die Entgeltgleichheit von Frauen und Männern, die Ausweitung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen sowie eine Aufwertung der so genannten sozialen Berufe (z.B. Erzieher/in, Pflegekräfte).

- **Sichere Arbeit:** Begrenzung und mindestens equal pay und equal treatment bei Leiharbeit. Kein Missbrauch von Werkverträgen und Minijobs. Streichung der sachgrundlosen Befristung und Begrenzung von Befristungen.
- **Der Lebenslage entsprechende Optionen:** Mehr Möglichkeiten, die eigene Arbeitssituation an die individuelle Lebenslage anzupassen und Erwerbsarbeit und Familie gerecht zwischen Frauen und Männern zu verteilen (z.B. Modelle der „Familienarbeitszeiten“ = kleine Vollzeit für beide Partner und Modell zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf wie z.B. ein flexibles Zeitbudget mit Lohnersatzleistung für berufstätige pflegende Angehörige).
- **Erhalt der beruflichen Fähigkeiten und gesundes Arbeiten:** Die psychische Belastung von Arbeit hat Branchen übergreifend massiv zugenommen. Um die beruflichen Fähigkeiten zu erhalten brauchen einen besseren Arbeits- und Gesundheitsschutz (auch für neue Risiken) und bessere Rechte auf Weiterbildung. Arbeitsforschung, Gesundheitsmanagement und Mitbestimmungsrechte müssen auch gesetzlich ausgeweitet werden, um die Arbeitnehmer/innen zu schützen.
- **Demokratische Teilhabe:** Ausbau der individuellen und kollektiven Mitbestimmungsmöglichkeiten und der Rechte der Betriebsräte.
- **Sicher im Alter:** Bessere Erwerbschancen für ältere Arbeitnehmer/innen, Ermöglichung von flexiblen Übergängen und Schutz vor Altersarmut, Einführung einer Solidar- oder Garantierente und langfristige Sicherung des Rentenniveaus.

4. Investieren in beste Bildung

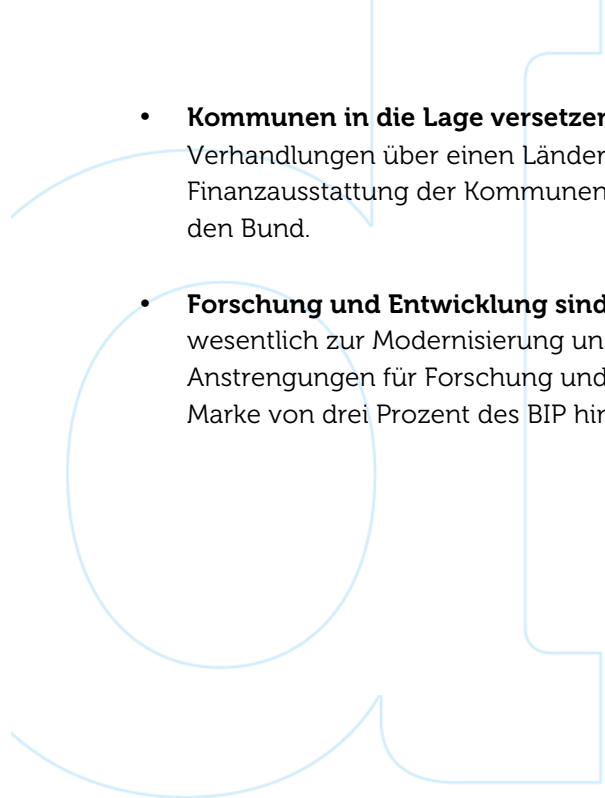
Gute Bildung sichert den sozialen Zusammenhalt und ökonomischen Erfolg gleichermaßen. Das deutsche Bildungssystem ist gut, aber bei weitem noch nicht gut genug. Um auch hier Weltspitze sein zu können, müssen wir es auch sozial gerechter gestalten. Aufgabe der Politik sollte sein, allen Kindern und Jugendlichen bestmögliche Bildungschancen zu ermöglichen und Familien zu unterstützen. Dazu muss deutlich mehr in die öffentliche Bildungsinfrastruktur (v.a. Kitas, Schulen, Hochschulen) investiert und die Zusammenarbeit von Bund und Ländern verbessert werden.

Was falsch läuft:

- **Keine Chancengleichheit:** Noch immer gleicht das deutsche Bildungssystem soziale Herkunft Unterschiede zu wenig aus. 80 Prozent der Jugendlichen schaffen keinen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern. Und nur 23 Prozent der Jugendlichen, deren Eltern keine Akademiker sind, schaffen überhaupt den Zugang zur Hochschule. Wichtig sind darum das gebührenfreie Studium und ein bedarfsgerechtes BAföG.
- **Perspektivlosigkeit:** 2011 haben fast 50.000 Schülerinnen und Schüler die Schule verlassen, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss zu haben. Jedes Jahr finden 80.000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz, 266.000 stecken im Übergangssystem fest ohne Aussicht auf einen Abschluss, obwohl zugleich Fachkräfte dringend gebraucht werden.
- **Betreuungsplätze und Ganztagschulen hinken dem Bedarf hinterher:** Der seit dem 1. August geltende Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für Kinder unter drei Jahren kann vielfach nicht eingelöst werden. Das Angebot in vielen Kommunen hinkt dem wachsenden Bedarf hinterher. Darüber hinaus fehlt es an qualifizierten Erzieherinnen und Erziehern um auch gute Kita-Plätze zu gewährleisten. 70 Prozent der Eltern wünschen sich einen Ganztagsplatz für ihre Kinder, aber derzeit stehen Angebote für nur 31 Prozent der Kinder zur Verfügung.
- **Fehlanreize:** Die Defizite in der öffentlichen Infrastruktur und die Fehlanreize des Steuersystems (Ehegattensplitting) erschweren eine faire Balance bei der Aufgabenteilung im Spannungsfeld von Arbeit und Familie zwischen Frauen und Männern. Das von der Bundesregierung eingeführte Betreuungsgeld ist nur ein weiterer Fehlanreiz in einem System, das dringend eine systematische Reform braucht.

Was u.a. zu tun ist:

- **Mehr Investitionen und bessere Rahmenbedingungen:** Die öffentliche Bildungsinfrastruktur muss ausgebaut werden, um die Qualität der Angebote zu verbessern und allen gleiche Chancen zu ermöglichen. Im Vergleich zum Durchschnitt der OECD-Länder gibt Deutschland ein Prozent seines BIP weniger für Bildung aus. Zusätzliche Investitionen von mindestens 20 Mrd. Euro jährlich sind zur Modernisierung unseres Bildungswesens notwendig. Diese Mittel sollten in Kitas, Schulen und Hochschulen investiert werden. Bund und Länder sollten für diese Zukunftsaufgabe gemeinsam Verantwortung übernehmen – dies ist nur möglich, wenn das im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot aufgehoben wird.
- **Finanzielle Förderung von Familien mit Kindern:** Erforderlich ist eine bessere finanzielle Absicherung gerade von einkommensschwächeren Familien und Alleinerziehenden mit Kindern.

- 
- **Kommunen in die Lage versetzen, ihrer Aufgabe nachzukommen:** Die bevorstehenden Verhandlungen über einen Länderfinanzausgleich nach 2019 sollten dazu genutzt werden, die Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern, u.a. durch eine Übernahme von Sozialkosten durch den Bund.
 - **Forschung und Entwicklung sind entscheidend:** Innovationen aus Wissenschaft und Forschung tragen wesentlich zur Modernisierung unserer Gesellschaft und Wirtschaft bei. Deshalb sollten wir die Anstrengungen für Forschung und Innovationen intensivieren und die Forschungsinvestitionen über die Marke von drei Prozent des BIP hinaus steigern.

5. Investieren in eine Energieversorgung für das 21. Jahrhundert

Aufgabe der Politik sollte darin bestehen, eines der größten und wichtigsten Projekte dieses Jahrhunderts voranzubringen – den Umbau unseres Energiesystems.

Was falsch läuft:

- **Keine klaren Ziele und kein Management der Zielkonflikte:** Der Ausstieg aus der Atomenergie und der Einstieg in ein Energiesystem auf Basis erneuerbarer Energien bieten große Chancen für das Klima, die Umwelt und neue zukunftsfähige Arbeitsplätze. Doch zugleich gibt es gesellschaftliche Konflikte zwischen vier großen Zielen, die es mittelfristig aufzulösen gilt:
 - der Klima- und Umweltschutz,
 - der Erhalt der industriellen Substanz entlang der Wertschöpfungskette,
 - die Sicherheit und Verlässlichkeit der Energieversorgung,
 - die Sozialverträglichkeit der Energiewende und die Bezahlbarkeit für private Haushalte und Unternehmen.
- **Falsche Ausrichtung und fehlende Koordinierung:** Gerade angesichts dieser Zielkonflikte sind eine klare Ausrichtung auf gesamtgesellschaftliche Interessen und eine bessere Koordinierung und Abstimmung erforderlich.
 - Die derzeitige Energiepolitik ist Stückwerk. Es mangelt an der Koordinierung zwischen EU, Bund, Ländern und Kommunen und den übrigen Akteuren der Energiewende.
 - Es besteht Unklarheit über die das künftige Stromdesign sowie die Rahmenbedingungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Effizienzsteigerung.
 - Die fehlende Planungssicherheit für die Wirtschaft bedeutet die Zurückhaltung von Investitionen und den Verlust von Arbeitsplätzen.
 - Die Energiewende muss der Tatsache Rechnung tragen, dass auch Bürger/innen längst Energieproduzent/innen sind. So erzeugen heute schon rund 1,2 Mio. Privathaushalte selbst Strom und besitzen ca. 40 Prozent der Erneuerbare-Energie-Leistung, hinzukommen Landwirte mit einem Anteil von 11 Prozent.
 - Industrie, Investoren in Erneuerbare Energie und Verbraucher werden gegeneinander ausgespielt.

Was u.a. zu tun ist:

- **Klare Ziele für die Energiewende:** Wir brauchen einen verbindlichen Pfad, der sich an definierten Zielen orientiert. Die Ziele werden von den politischen Akteuren unterschiedlich ambitioniert formuliert. Als Mindestziele können aber u.a. genannt werden:
 - Die CO₂-Emissionen sollen bis 2020 (gegenüber 1990) um 40 Prozent gesenkt werden.
 - Der Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung auf mindestens 40 Prozent bis 2020 und den schnellstmöglichen Umstieg auf 100 Prozent Ökostrom.
 - Die Verdopplung der Energieproduktivität bis 2020 (gegenüber 1990) und die absolute Senkung des Energieverbrauchs um 20%.
 - Diese Ziele sollen in einem Klimaschutzgesetz festgeschrieben werden.
 - Auf globaler Ebene brauchen wir ein verbindliches Klimaabkommen.
- **Masterplan Energiewende:** Wir brauchen mehr private und öffentliche Investitionen in die Energiewende (Einsparung und Erneuerbare Energien), die sich jedoch mittelfristig für die Volkswirtschaft rechnen, zumal auch die bestehende Infrastruktur modernisiert werden muss. Erforderlich ist ein

langfristiger Masterplan für die Energiewende, der die Politik von EU, Bund, Ländern und Kommunen besser abstimmt und die Akteure der Energiewende (Bürger/innen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Umweltverbände, Verbraucher) mit einbezieht (z.B. im Rahmen einer „Nationalen Plattform Energiewende“). Dieser Masterplan muss begleitet werden durch ein transparentes Monitoring, das über den Fortschritt der Energiewende Auskunft gibt.

- **Energiewende als gesamtgesellschaftliche Aufgabe:** Der Markt allein wird die Energiewende nicht im nötigen Tempo vorantreiben. Wir brauchen einen Instrumentenmix, der die Marktkräfte in die nötige Richtung lenkt.
 - Erneuerbare Energien haben Vorrang. Doch darum muss der Strommarkt mit Blick auf den deutlich wachsenden Anteil Erneuerbarer Energien grundsätzlich neu geregelt werden. Es wird ein neues Strommarktdesign benötigt, das Besonderheiten der Wind- und Solarstromerzeugung berücksichtigt und im Sinne eines Kapazitätsmarkts auch Planungssicherheit für konventionelle Kraftwerke als backup ermöglicht.
 - Das sehr erfolgreiche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sollte so reformiert werden, dass einzelne Kundengruppen nicht zu stark belastet werden. Ausnahmen sollten nur Unternehmen eingeräumt werden, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen.
 - Ausbau der Übertragungsnetze und Optimierung der Verteilnetze, Aufbau einer Deutschen Netz AG unter staatlicher Beteiligung
 - Förderung von Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung und Fortsetzung der energetischen Gebäudesanierung, wobei die Mietkosten sozialverträglich nur in dem Maße steigen sollten, wie Mieter auch die Möglichkeit haben, Energiekosten einzusparen.
 - Erforderlich sind industriepolitische Strategien (z.B. Regeln, Anreize, Förderprogramme, Top-Runner-Maßnahmen), die die Anschaffung energieeffizienter Geräte und Fahrzeuge forcieren und somit auch Leitmärkte für neue Produkte und Dienstleistungen stärken.

6. Rückbesinnung auf das Gemeinwohl und öffentliche Aufgaben: eine gemeinsame und gerechte Finanzierung der nötigen Investitionen sicherstellen

Inzwischen ist es üblich, zuallererst die Frage zu stellen, was „uns“ das alles kostet.

Aber was kosten uns schlecht ausgebildete Jugendliche, Alleinerziehende die keinen passenden Job oder keine Kita finden, wegen defekter Infrastruktur ausfallende Züge, Ressourcenverschwendung oder eine neue Welle der Finanzspekulation? Warum wird so selten über diese Kosten diskutiert?

Ganztägige Kinderbetreuung, gute Schulen und Hochschulen, öffentliche Sicherheit, intakte Straßen und öffentliche Verkehrsmittel und vieles andere sind öffentliche Aufgaben. Einzelne mögen mit viel Geld private Lösungen für sich finden können, die gesellschaftliche Mehrheit aber kann das nicht. Darum brauchen wir eine Rückbesinnung auf den Gedanken des Öffentlichen. Selbstverständlich muss oder sollte nicht alles öffentlich organisiert sein; aber umgekehrt ist die Ideologie des „Privat vor Staat“ ein Irrweg gewesen, dem die amtierende Bundesregierung vielfach noch anhängt.

Vor allem ist eine gerechtere Gesellschaft mit öffentlichen Gütern und gemeinsamen Orten für alle gesellschaftlichen Schichten eine friedlichere Gesellschaft. Wir brauchen eine Ökonomie der Gerechtigkeit, die den volkswirtschaftlichen und ökologischen Nutzen einer gerechten Verteilung des Wohlstands aufzeigt. Zudem tragen sich viele notwendige Investitionen zu einem gewissen Teil selbst und führen unsere Volkswirtschaft insgesamt auf einen höheren und nachhaltigeren Wachstumspfad.

Die notwendigen Mittel müssen in einem gerechten und wirtschaftlichen sinnvollem Maß über Steuern und Subventionsabbau bereitgestellt werden. Schon jetzt können viele Kommunen ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen. Die Diskussion über Höhe und Herkunft von Steuereinnahmen ist daher auch eine Diskussion darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Zu einigen (Schein-)Argumenten gegen eine gerechte Steuerpolitik: siehe auch den Anhang dieses Textes.

Die zentralen Instrumente:

- **Steuerhinterziehung bekämpfen und Steuertricks eingrenzen:** Zuallererst sollte es darum gehen, dass das geltende Steuerrecht auch angewendet wird. Steuerbetrug korreliert eng mit der Höhe des Vermögens und muss wirksam bekämpft werden. Die Steuergewerkschaft schätzt den Umfang hinterzogener Steuern auf 40 Mrd. Euro pro Jahr. Durch „legale“ Bilanzierungstricks der Konzerne gehen dem deutschen Staat zudem nach Schätzungen des DIW 90 Mrd. Euro im Jahr verloren. Andere Schätzungen gehen sogar von einem Volumen von insgesamt 160 Mrd. Euro pro Jahr aus.
- **Ausgaben und Subventionen überprüfen:** Nicht alle Ausgaben und Subventionen des Staates sind sinnvoll oder zeitgemäß. Jüngste Subventionen wie die Ermäßigung der Mehrwertsteuer für Hotels oder das Betreuungsgeld müssen zurückgenommen werden. Ebenso müssen einige Subventionen auch aus ökologischen Gründen auf dem Prüfstand.
- **Finanzspekulation besteuern:** Ein großer Teil des gemeinsam erwirtschafteten Kapitals wird spekulativ auf Finanzmärkten anlegt und stiftet dort wenig Nutzen – im Gegenteil: es sorgt für extreme Volatilitäten. Die Besteuerung von Finanztransaktionen ist unbedingt erforderlich. Erstens, um Finanzspekulationen unattraktiver zu machen. Zweitens, um die (oft destruktive) wirtschaftliche Macht großer Finanzakteure zu reduzieren. Drittens, um einen Teil dieses Kapitals in sinnvollere Verwendungen (Zukunftsinvestitionen) zu lenken. Und viertens: um die Verantwortlichen der Krise auch an ihren Kosten zu beteiligen.

- **Große Vermögen in die Verantwortung nehmen:** Die Vermögen sind bei einer Minderheit rasant angewachsen. Der Anteil der vermögensbezogenen Steuern am Steueraufkommen liegt in Deutschland bei 0,8 Prozent (OECD-Durchschnitt 1,8 Prozent). Jährlich werden rund 260 Milliarden vererbt, die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer betragen aber nur 4 Mrd. Euro. Eine angemessene Vermögensteuer oder –Abgabe sowie die Rücknahme der Begünstigungen bei der Erbschaftssteuer wären sinnvolle Maßnahmen.
- **Einkommen gerecht besteuern:** Zum einen müssen Einkommen aus Kapitaleinkommen wieder mit einem höheren oder dem gleichen Satz besteuert werden wie Lohneinkommen. Zum anderen muss der Spitzensatz der Einkommensteuer angehoben werden, um die notwendigen Mittel für die Investitionen in Bildung und unsere Infrastruktur aufzubringen, ohne dabei die Mitte unserer Gesellschaft stärker zu besteuern. Auch das Ehegattensplitting ist eine Form der Subventionierung eines nicht mehr zeitgemäßen Familienmodells und sollte auslaufen, damit die Gleichstellung zwischen Mann und Frau endlich auch im Steuerrecht ankommt.

7. Wir brauchen einen politischen Kurswechsel

Ein nüchterner Blick auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Realität zeigt, dass ein „Weiter so“ nicht im Interesse unseres Landes ist: Mit der gegenwärtigen Politik der konservativen Regierung lebt Deutschland von seiner Substanz. So verschleudern wir unsere Potenziale.

Ein politischer Kurswechsel ist nötig:

- Weil Deutschland zwar ein wohlhabendes Land ist, dieser Reichtum in den letzten Jahrzehnten jedoch immer ungerechter verteilt wurde und nicht hinreichend in Zukunftsaufgaben investiert wird.
- Weil angesichts der großen ökologischen Herausforderungen und der ökonomischen Globalisierung jetzt die Weichen für die kommenden Jahrzehnte und Generationen in Richtung Zukunftsfähigkeit, Innovationsfähigkeit und Energiewende gestellt werden müssen.
- Weil wir nur mit Guter Arbeit für alle eine gerechte, lebenswerte und innovative Gesellschaft sind.
- Weil wir eine Rückbesinnung auf das Gemeinwohl und damit öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen brauchen, denn nur so lässt sich der Zugang der ganzen Gesellschaft zu guter Bildung, Sicherheit und moderner Infrastruktur sicherstellen und eine weitere Spaltung des Landes verhindern.

Anhang

Gegen eine gerechtere Steuerpolitik werden in der Regel zwei unzutreffende Einwände erhoben:⁴

Der erste Einwand: Aber die Steuereinnahmen doch schon so hoch wie nie zuvor. Der Staat hat genug Geld.

- Dass die Steuereinnahmen Jahr für Jahr steigen, ist normal und war zwischen 1966 und 2011 in 38 von 46 Jahren der Fall. Wenn das Wirtschaftsprodukt und auch die Preise stiegen, erhöhen sich logischerweise auch die staatlichen Einnahmen (zumindest in nominalen Werten).
- Die Steuerquote (der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt) liegt bei 23,6 Prozent. Im Zeitvergleich bewegt sie sich zwischen 22 und 24 Prozent und ist damit auch im normalen Rahmen.
- Die gesamtstaatlichen Schulden betragen schon rund 2 Bio. Euro. Allein 300 Mrd. Euro neue Schulden mussten zur Bewältigung der Finanzkrise aufgenommen werden. Bis heute haben sich die Profiteure der Finanzspekulation nicht an den öffentlichen Lasten der Krise beteiligt. Auch in diesem Jahr nimmt der Bund 17 Mrd. neue Schulden auf.
- Während das staatliche Reinvermögen – vor allem in Folge der Verschuldung – von 800 Mrd. Euro im Jahr 1991 auf 11,5 Mrd. Euro in 2011 zusammengeschrumpft ist, hat sich das private Vermögen im gleichen Zeitraum von 4,6 Billionen auf 10 Billionen mehr als verdoppelt.
- Da die „Schuldenbremse“ eine weitere Verschuldung erschwert, steht die Gesellschaft vor der Frage: Leistungskürzungen des Staates oder die Einnahmen an die Aufgaben anpassen?

Der zweite Einwand: Zahlen die „Besserverdienenden“ nicht schon genug Steuern?

Oft wird behauptet, dass die oberen zehn Prozent schon die Hälfte des (Einkommens-)Steueraufkommens tragen. Auch hier wird vergessen, dass das statistisch nur logisch ist, denn sie verdienen ja auch mehr als 50 Prozent der Einkommen.

Zudem wird hier nur die Lohn- und Einkommensteuer in den Blick genommen.

- Diese beträgt aber nur 31 Prozent des gesamten Steueraufkommens.
- Die Umsatzsteuer beträgt 23 Prozent des Steueraufkommens und betrifft viel stärker die unteren Einkommensgruppen.
- 2011 lagen die Einnahmen aus Kapitaleinkommen (Abgeltungssteuer) und Erbschaften zusammen bei 12,2 Mrd. Euro. Allein über die Tabaksteuer wurden 14,4 Mrd. Euro eingenommen.

Während die Einkommensteuervorschläge von CDU und FDP zu Mindereinnahmen von knapp 4 Mrd. Euro führen, bringen die Konzepte von SPD und Grünen Mehreinnahmen von 6,5 – 7,5 Mrd. Euro. Stärker herangezogen werden dabei jedoch nur 6-7 Prozent der Haushalte.⁵



Autor/innen:

Yasmin Fahimi, Michael Guggemos, Andrea Nahles und Steffi Lemke sind die Mitglieder des Vorstands des Denkwerk Demokratie.

Redaktion: Benjamin Mikfeld, Lars Kreiseler

Impressum:

Denkwerk Demokratie e.V.
Alte Jakobstr. 149
10969 Berlin
info@denkwerk-demokratie.de
www.denkwerk-demokratie.de